

zu erhöhen, beschritt, das Sekretariat neue Wege. Dazu bedurfte es der Zusammenarbeit mit den Abgeordneten, mit dem Rat des Stadtbezirks und dem FDGB. Schon im März wurden in einer Beratung mit den leitenden Funktionären der Abteilung Volksbildung, der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung und der FDJ-Kreisleitung der Verlauf des Schuljahres eingeschätzt und die politischen Leitlinien für das kommende Schuljahr diskutiert. In dieser Beratung ist die spezifische, eigenständige und differenzierte Arbeit der gesellschaftlichen Kräfte fixiert worden. Schließlich setzte die Stadtbezirksverordnetenversammlung das Thema „Die Verantwortung der Gesellschaft gegenüber der Schule“ in Zusammenhang mit der Auswertung des alten und der Vorbereitung des neuen Schuljahres auf die Tagesordnung. Zuvor hatten im „Treffpunkt Volksvertreter“ Abgeordnete, Schulfunktionäre, Mitglieder der Elternvertretungen und die Ausschüsse der Nationalen Front darüber gesprochen, wie sie künftig diese Gemeinschaftsarbeit durchführen wollen. Ferner beschäftigte sich eine Patenschaftskonferenz, die vom FDGB-Kreisvorstand, dem Rat des Stadtbezirks und der SED-Kreisleitung vorbereitet worden war, damit, wie die Arbeiterklasse stärker auf die Erziehung der jungen Generation Einfluß nehmen kann.

Plan der Kreisleitung

Aus der Summe aller Erfahrungen hat die Kreisleitung im Plan zur Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR die Schwerpunkte festgelegt, auf die sich die Schulparteiorganisationen im neuen Schuljahr konzentrieren sollen:

— Auf der Grundlage der Beschlüsse des VII. Parteitages sind die während des Volkstages gesammelten guten Erfahrungen in der politischen Arbeit zu nutzen.

— Den Schulleitungen ist zu helfen, daß sie wissenschaftlich leiten lernen, damit die neuen Lehrpläne erfüllt werden und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit vertieft wird.

— Die FDJ-Grundorganisationen, die Pionierfreundschaften und vor allem ihre gewählten Funktionäre sind ständig zu unterstützen.

— Die Tätigkeit der an der Erziehung der Schüler beteiligten gesellschaftlichen Kräfte (Elternvertretungen, Patenbetriebe usw.) ist zu koordinieren.

Der Plan der Kreisleitung sieht darüber hinaus spezifische Aufgaben für Schulparteiorganisationen vor, die sich aus einer Analyse der Schulen ergeben haben. So wird sich die Parteiorganisation an der 18. Oberschule besonders um die Qualifizierung der Klassenleiter und die politisch-ideologische Arbeit in der Oberstufe kümmern. Die Genossen der Alexander-von-Humboldt-Oberschule werden die marxistisch-leninistische Qualifizierung der Lehrer und die Arbeit in den Fachzirkeln verbessern usw. Mit diesen Maßnahmen sollen die noch bestehenden Unterschiede in der Qualität der Arbeit der Lehrer und der Leistungen von Fach zu Fach, von Klasse zu Klasse und von Schule zu Schule schneller überwunden und alle Schulen an das Niveau der Fortgeschrittenen herangeführt werden. Die Kreisleitung und ihr Sekretariat sind sich bewußt, daß auch ihre Hilfe noch konkreter werden muß. Deshalb gehen wir jetzt dazu über, uns mit jeder Parteileitung mindestens einmal im Jahr zu konsultieren, um die spezifischen Probleme ihrer Schule noch besser kennenzulernen.

Karl Kögler
Sekretär der Kreisleitung Berlin-Köpenick

Gerhard Sielski
Leiter der Abteilung Agitation/Propaganda

Kenntnis über deren persönliches Leben. Oftmals werden die Schüler noch zu sehr als Objekt der Erziehung betrachtet.

Die Schlußfolgerungen für einen besseren Staatsbürgerkundeunterricht lauten:

An jeder Schule gilt es, ein bewußt einheitlich handelndes sozialistisches Pädagogenkollektiv zu schaffen. Dieses muß sich auszeichnen durch:

— sozialistische Gemeinschaftsarbeit;

— einheitliche Auffassung in politisch-ideologischen Grundlagen;

— einheitlich pädagogische Maßnahmen gegen die feindliche Ideologie;

— klassenmäßige Erziehung als Prinzip in allen Fächern und Veranstaltungen;

— einheitliche Auffassung und einheitliche Praxis in der Zensurierung und Bewertung.

Darüber hinaus empfahl die

Arbeitsgruppe: Die Schulen mit Betriebszeitungen zu beliefern und diese im Staatsbürgerkundeunterricht mit auszuwerten; die pädagogischen Neuerer auf Probleme der staatsbürgerlichen Erziehung zu lenken, ebenso die pädagogischen Lesungen; Argumentationen zu Fragen der Staatsbürgerkundelehrer auszuwerten; gutes Anschauungsmaterial zu vervielfältigen; die pädagogische Propaganda unter den Eltern und in den Betrieben zu verstärken.